

Missbrauch von Befristung und Leiharbeit stoppen

Für einen fairen Arbeitsmarkt



In Deutschland nehmen unsichere unbefristete Arbeitsverhältnisse immer mehr zu. Nach neuen Erhebungen des Statistischen Bundesamtes hat die Zahl der Beschäftigten mit befristeten Verträgen einen neuen Höhepunkt erreicht. Dagegen will die SPD vorgehen und die Befristung von Verträgen wieder zur Ausnahme machen.

2008 waren 2,7 Millionen oder 8,9% der Beschäftigten zwischen 15 und 65 nur zeitlich befristet angestellt. Inzwischen erhält fast jeder zweite Beschäftigte zunächst nur einen befristeten Arbeitsvertrag hat das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ermittelt. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind Berufseinsteiger und junge Menschen, hier wiederum in erster Linie Frauen.

Ursache ist vor allem die von der Regierung Kohl/Blüm eingeführte Befristung von Verträgen ohne Sachgrund. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind sichere Arbeitsplätze von zentraler Bedeutung. Nur mit einem sicheren Arbeitsplatz können Menschen ihr Leben planen. Gerade jungen Menschen ist Lebens- und Familienplanung kaum möglich, wenn sie nicht wissen, ob sie in einem Jahr noch einen Job haben.

Deshalb will die SPD die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz streichen.

Missbrauch von Leiharbeit stoppen

In dieser Woche wird außerdem eine Initiative der SPD zur Regulierung der Leiharbeit im Bundestag diskutiert. Leiharbeit wird zunehmend zu Tarifflicht und Lohnrückerei missbraucht.

- Die SPD will das Prinzip „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ durchsetzen.
- Für die Leiharbeitsbranche muss ein Mindestlohn durchgesetzt werden.
- Die Betriebsräte brauchen mehr Mitbestimmungsrechte bezüglich Umfang und Dauer der Leiharbeit im Einsatzbetrieb.
- Die Befristung der Leiharbeitsverhältnisse und die Koppelung der Befristung an den Arbeitseinsatz sollen wieder verboten werden.

Fairness auf dem Arbeitsmarkt gibt es nur mit der SPD.